

**Pressemitteilung**

**Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden fordert KMW AG nachdrücklich auf, Zahlen zur Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen**

**Mainz / Wiesbaden, 10.04.2009:** „Wir fordern die KMW AG nachdrücklich auf, endlich die Zahlen zur angeblichen Wirtschaftlichkeit des geplanten Kohlekraftwerks vorzulegen“, fordert Marc Legg, erster Vorsitzender des „Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden“.

„Die aktuelle Krise der Wohnbau Mainz zeigt deutlich, wohin es führen kann, wenn die kommunale Daseinsfürsorge und Stadtentwicklungsprojekte in die stadtnahen Gesellschaften verschoben werden und deren Vorstände bzw. Geschäftsführung sich nahezu unkontrolliert an unfinanzierbaren Projekten verheben.

Die Parallelen zwischen der Mainzer Wohnbau und der KMW AG sind frappierend:

Bei beiden handelt es sich um stadtnahe Gesellschaften. Beide Gesellschaften finanzieren Projekte mit hohem wirtschaftlichem Risiko und mehr als zweifelhaftem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mainz. Bei der „Wohnbau“ heißen diese Projekte Häuser am Marktplatz, Südbahnhof oder Proviantamt. Bei der KMW AG heißt das Projekt Kohlekraftwerk – mit einem Unterschied: Sollte das Kohlekraftwerk ebenfalls eine Bruchlandung erleben, wird sich der im Moment als katastrophal empfundene Schaden bei der Wohnbau im Vergleich als lauer Witz anmuten – denn beim Kohlekraftwerk sollen 1,3 Milliarden Euro auf den Sand der Ingelheimer Aue gestellt werden, also ein Vielfaches der derzeit bei der Wohnbau in Rede stehenden 300 Millionen Euro. Hinzu kommt, dass die Stadt Mainz bereits für die Stadtwerke Bürgschaften in Höhe von 260 Mio. Euro bereitgestellt hat.

Die „Wohnbau“ ist Presseberichten zufolge auch deshalb in diese Schieflage geraten, weil die Geschäftsführung von den zuständigen Gremien nicht ausreichend kontrolliert wurde. Das zeigt: Es ist was faul im Staate Dänemark! Das System der stadtnahen Gesellschaften in Mainz funktioniert nicht mehr. Umso wichtiger ist es, dass sämtliche Berechnungen zum Kohlekraftwerk nun der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um zu gewährleisten, dass hier nicht dieselben Fehler wieder begangen werden.

Es ist auch nicht einzusehen, wo Betriebsgeheimnisse der KMW AG verletzt werden, wenn diese offen legt, zu welchem Preis und woher sie die Kohle beziehen will, ob sie in die Kalkulation die Zertifikate für die Luftverschmutzungsrechte einpreist und schließlich, mit welchem Strompreis ihrer Auffassung nach im Jahre 2013/2014 zu kalkulieren ist. Es steht zu vermuten, dass die KMW AG über keine haltbare Wirtschaftlichkeitsberechnung verfügt, sonst hätte sie doch längst Fakten auf den Tisch gelegt.“, so Marc Legg weiter.

„Auch die Mainzer Stadtpolitik ist aufgefordert, zu dieser Diskussion beizutragen, um weiteren Schaden von den stadtnahen Gesellschaften abzuwenden. Dass dem Fraktionsvorsitzenden der Mainzer SPD, Oliver Sucher, zur Krise der Wohnbau nichts anderes einfällt, als einen Aufruf zum „Ruhe bewahren“ abzusetzen, verdeutlicht den Umgang der Mainzer SPD mit wirklich brennenden Problemen der Mainzer Stadtpolitik:

Einfach nicht drüber reden und Schwamm drüber. Bei 550 Millionen Stadtverschuldung lebt es sich ohnehin ganz ungeniert. Inhalte und Verantwortlichkeiten interessieren ja sowieso keinen. Diese Einstellung spiegelt sich im Übrigen deutlich in der Schwemme von „Heile Welt“- Herzchen- und Ostereierplakaten wieder, mit der die SPD versucht, auf gute Stimmung zu machen, statt sich mit den wirklich drängenden Problemen ernsthaft auseinander zu setzen. Ich kann nur hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler dieses Verhalten bei der Kommunalwahl berücksichtigen werden“, so Marc Legg abschließend.